

elf

KONSULTATIVE KOMMISSION FÜR
 AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK
 ZOLLEXPERTENKOMMISSION
 Der Präsident

754.3.1.

Bern, 29. Februar 1992

UNCTAD VIII: Zusammenfassung und Bewertung

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich habe die Ehre, Ihnen in der Beilage den Bericht der schweizerischen Delegation¹ an der 8. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung, die vom 8. - 25. Februar 1992 in Cartagena, Kolumbien, stattfand, zuzustellen. Die Konferenz wickelte sich in einem durch drei wesentliche Faktoren geprägten Umfeld ab:

- archaische UNCTAD-Arbeitsmethoden und realitätsfremde interne Organisationsstrukturen;
- eine seit der UNCTAD VII völlig veränderte weltpolitische Konstellation;
- in Konkurrenz mit der vor dem Abschluss stehenden Uruguay-Runde und der sich in einer intensiven Vorbereitungsphase befindenden UNCED.

Dieser Hintergrund bestimmte ganz natürlich das Hauptziel der Konferenz: die institutionelle Erneuerung der UNCTAD. Es ging darum, die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Organisation ihre Rolle im Reigen der internationalen Wirtschafts- und Entwicklungsinstitutionen wieder erfüllen kann. Die Substanz hingegen war für einmal nicht prioritär.

-
1. Delegationschef: Staatssekretär F. Blankart
 Stv. Delegationschef: Minister J.-D. Gerber, BAWI
 Technologie, restriktive Geschäftspraktiken: Dr. H. Gattiker, Botschaft Bogotá
 Institutionelle Fragen: Frau R. Flint, Delegation Genf
 Finanzfragen: Herr St. Flückiger, BAWI
 Rohstoffe, ärmste Entwicklungsländer: Herr H. Schmid, DEH
 Handel, Dienstleistungen: Frau A.-F. Bernard, BAWI



Dieser Rangordnung entsprechend setzte sich die schweizerische Delegation vor allem für die institutionellen Reformen ein. Im eigentlichen Substanzbereich wirkte sie in erster Linie im Rohstoffsektor zugunsten der Bildung einer Plattform für eine neue, erfolgversprechendere Rohstoffdiskussion. Im Handelsbereich trat sie für die Schaffung eines Systems der elektronischen Erfassung von Millionen von Handelsinformationen, bekannt unter dem Begriff "Trade Efficiency", ein. In den übrigen Sektoren - finanzielle Ressourcen, Uruguay-Runde, Technologietransfer, wirtschaftliche Zusammenarbeit unter den Entwicklungsländern, ärmste Entwicklungsländer - begnügte sie sich damit, die schweizerischen Interessen zu wahren und durch Kompromissvorschläge einvernehmliche Lösungen zwischen den Parteien zu finden. Entscheidende Fortschritte waren in diesen Sektoren nicht zu erwarten.

Gemessen an diesen beschränkten Zielsetzungen, ist die Konferenz von Cartagena als Erfolg zu werten. In rechtlichen Kategorien ist die Perestroika der UNCTAD geglückt. Die neue institutionelle Basis, die in Cartagena gelegt wurde, lassen die Hoffnungen als berechtigt erscheinen, dass sich die UNCTAD zukünftig wieder ihrer eigentlichen Bestimmung, nämlich eine schlagkräftige Organisation für die Entwicklung zu bilden, gerecht werden wird. Der Erfolg der institutionellen Erneuerung stellt auch ein gutes Omen für die im Rahmen der Generalversammlung der UNO eingeleiteten Arbeiten zur strukturellen Reform der Wirtschafts- und Sozialorganisationen dar. Die Hoffnung, die UNCTAD habe wieder an Schlagkraft gewonnen, gründet auf einer Reihe von Faktoren:

1. "Spirit of Cartagena": Das Bestehen eines neuen Arbeitsklimas, das sowohl im Plenum als auch im entscheidenden institutionellen Bereich zum Tragen kam. Die sich für Reformen stark einsetzenden Delegationen (Kolumbien, Chile, Mexiko, USA, EG, Kanada und Schweiz) gewannen von Beginn weg die Oberhand und konnten ihre Forderungen weitgehend durchsetzen, dies trotz erheblicher Widerstände gewisser Protagonisten im Sekretariat und einiger Delegationen, welche die Zeichen der Zeit (noch) nicht erkannt haben.
2. Abschwächung der Bedeutung regionaler Gruppen: Das Gruppensystem ist weitgehend zusammengebrochen. Einzig die afrikanischen Länder und die asiatischen Staaten treten im Substanzbereich noch mit einer Stimme auf. Die Gruppe B, die Gruppe der 77 und die lateinamerikanische Gruppe koordinierten ihre Standpunkte nur noch zur Klärung

organisatorischer Fragen oder trafen sich bloss zur Pflege des Informationsaustausches.

3. Straffung des "policy making" und Anpassung des Arbeitsprogrammes: Der Rat wurde in seiner "policy"-Funktion gestärkt. Die vier ständigen Kommissionen (Rohstoffe, Armutsbekämpfung, wirtschaftliche Zusammenarbeit unter den Entwicklungsländern, Förderung wettbewerbskräftiger Dienstleistungssektoren in den Entwicklungsländern) sowie die neu geschaffenen fünf *ad hoc* Arbeitsgruppen (Investitionen und Finanzströme, "trade efficiency", Vergleich der Privatisierungserfahrungen, Verbesserung der Handelsmöglichkeiten für Entwicklungsländer, Beziehungen zwischen Investitionen und Technologietransfer) entsprechen heutigen Prioritäten im Entwicklungsdialog und dem Profil der UNCTAD. Auch von zahlreichen Entwicklungsländern wenig beliebte Begriffe wie Korruption, "good governance", Menschenrechte und vor allem Umweltschutz auch in den Entwicklungsländern fanden neu Eingang in die UNCTAD-Terminologie.
4. Stärkung der analytischen Funktion der UNCTAD: In Cartagena wurden die notwendigen Pfeiler gesetzt, dass die UNCTAD mehr eine analytische Organisation des "Typs OECD" und weniger ein eigentliches Verhandlungsorgan werden sollte. Verhandlungen sind zwar nicht ausgeschlossen, doch werden diese erst nach intensiven Vorbereitungen und wenn konkrete Anhaltspunkte auf Erfolg bestehen, in Aussicht genommen.
5. Nachhaltige Entwicklung: Die UNCTAD könnte einen Teil des "follow-up" der Konferenz von Rio übernehmen, sofern die Teilnehmer an der UNCED dies wünschen. In Cartagena wurde die Meinung vertreten, dass es falsch wäre, wenn in Rio eigenst eine UN-Organisation geschaffen würde, die sich mit Handel-Entwicklung-Umwelt befasst, biete sich die UNCTAD für dieses Thema doch geradezu an. Interne Umweltmassnahmen hingegen sollten vom UNEP und der Finanzbereich von der "Global Environment Facility" übernommen werden. Besonderer Beachtung bedarf der potentielle Kompetenzkonflikt GATT-UNCTAD, wird doch der Bereich "Handel-Umwelt" auch vom GATT beschlagen.

Die positive Beurteilung der Konferenzresultate darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die UNCTAD noch lange nicht die Vertrauenswürdigkeit gewonnen hat, die sie zu einer schlagkräftigen, straff geführten Organisation machen könnte. Das Sekretariat ist weiterhin

verkrustet. Es ist ungewiss, ob Generalsekretär Dadzie, dessen Mandat nur um ein Jahr verlängert wurde, die Durchsetzungskraft besitzen wird, die Appartschiks nach "totem Holz" durchzukämmen und eine umfassende Reorganisation vorzunehmen.

Völlig offen ist ferner die Frage, ob die institutionellen Erneuerungen auch im Substanzbereich Einzug halten werden. Ein Durchbruch ist in Cartagena jedenfalls nicht erfolgt. Nur allzu oft waren die Diskussionen bei konkreten Sachfragen noch vom alten UNCTAD-Jargon der 70er Jahre geprägt. Einzig die "trade efficiency", deren Bedeutung für die Entwicklungsländer bereits heute als erheblich bezeichnet werden kann, und die Aktivierung des Rohstoffdialogs auf neuer Grundlage geben zur Hoffnung Anlass, der eingeleitete Prozess werde "ansteckend" wirken. In meiner Schlusserklärung wies ich unmissverständlich darauf hin, dass die erfolgreiche UNCTAD VIII nutzlos gewesen ist, wenn deren Resultate nicht in die Praxis umgesetzt werden.

Ungewiss ist schliesslich das Verhalten der Industrieländer. Werden diese - namentlich die USA und die EG - bereit sein, das "Einspuren" der Entwicklungsländer UNCTAD-politisch inskünftig auch zu honorieren? Die institutionellen Erneuerungen gehen nicht zuletzt auf die Industriestaaten zurück; es ist an ihnen, nun die von seiten der Entwicklungsländer und des Sekretariats gemachten Zugeständnisse zu honorieren.

Die Zweifel, dass die Umsetzung des "Spirit of Cartagena" in die Praxis nicht gelingen könnte, sind umso berechtigter als in ihren Abschlussvoten sowohl die USA als auch die EG deutliche Vorbehalte an den Schlussakten der Konferenz anbrachten: die USA vor allem im Verschuldungsbereich, die EG an der politischen Erklärung, an welcher sie - zu Recht - das Fehlen einer Erwähnung der Menschenrechte aussetzte.

Die USA, Kanada und die Schweiz waren die Länder, die sich am deutlichsten für institutionelle Reformen einsetzten und ihrer Enttäuschung an den unzureichenden Leistungen der UNCTAD in den letzten Jahren auch in ihrer Erklärung im Plenum unverholen Luft machten. Mit zahlreichen konstruktiven Vorschlägen, wie die UNCTAD zu erneuern ist, machten diese Länder jedoch auch klar, dass sie bereit sind, sich für diese Organisation einzusetzen. Die EG hatte Mühe, sich intern abzustimmen und erschien gegen aussen mit fadem Profil. Es ist zu hoffen, dass die Portugiesen an der UNCED die notwendigen Lehren aus der UNCTAD gezogen haben werden und die EG die ihr unbestrittenermassen zukommende wichtige Rolle am Erdgipfel wird spielen können.

Unter den nordischen Ländern ist vor allem Schweden zu erwähnen. Dieses Land, das bekanntlich in New York eine Führungsrolle bei der Erneuerung der UN-Wirtschafts- und Sozialorganisationen einnimmt, bemühte sich schon lange vor Konferenzbeginn um eine Vermittlerrolle in der Frage der institutionellen Erneuerung der UNCTAD. Der schwedische Botschafter Bo Henrikson leitete dementsprechend auch die informelle "task force", welche schliesslich den entscheidenden Durchbruch erzielte. Die Rolle Schwedens als "honest broker" hatte allerdings zur Folge, dass dieses sonst in der UNCTAD sehr aktive Land keine profilierte Stellung, weder zu institutionellen noch zu den Sachfragen, einnehmen konnte oder wollte.

Unter den Entwicklungsländern waren eindeutig die lateinamerikanischen Staaten und natürlich das Präsidialland, Kolumbien, tonangebend. Ohne die faktische Koalition mit den Industriestaaten im institutionellen Bereich wären die Reformen nicht durchzusetzen gewesen. Das Konferenzresultat ist nicht zuletzt auf die dynamische und engagierte Präsidentschaft des kolumbianischen Aussenhandelsministers, Juan Emanuel Santos, zurückzuführen. Unter den asiatischen Ländern nahmen Indien, Jugoslawien (gehört zur Gruppe Asien) und die Philippinen eine führende Rolle ein; leider wichen diese in ihren Stellungnahmen immer wieder in die überholte Rethorik des alten Entwicklungsdialogs zurück. Schwarzafrika - das Waisenkind der Weltgemeinschaft - war einmal mehr praktisch inexistent. Der Kontinent wurde durch Aegypten und Algerien vertreten, die sich in erster Linie um ihre eigenen Interessen und weniger um jene der ärmsten Entwicklungsländer bemühten. Kommt hinzu, dass die Abschwächung der Bedeutung der Regionalgruppen Schwarzafrika weiter marginalisieren könnte. Immerhin setzt die Schaffung einer ständigen Kommission für Armutsbekämpfung ein Zeichen für die zukünftigen Prioritäten der UNCTAD.

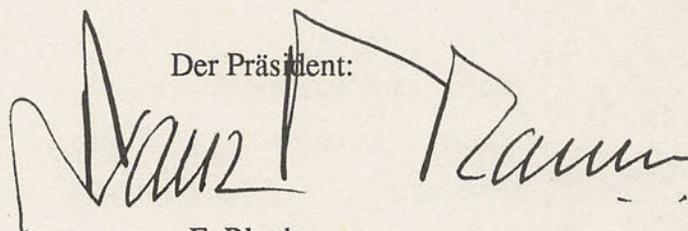
Die Staaten Mittel- und Osteuropas (inkl. Russland) bemühten sich in erster Linie darum, dass die reformierte UNCTAD ihre Arbeiten nicht nur auf die Entwicklungsländer ausrichtet, sondern auch auf die Länder, deren Wirtschaft sich in einer Uebergangsphase ("economies in transition") befindet. Dies ist ihnen nur zum Teil gelungen, insbesondere China (!) und Indien wehrten sich gegen eine solche Ausdehnung des Auftrags der UNCTAD.

Schliesslich die Schweiz: Das Verhältnis Einsatz (Vorbereitung, Delegationsgrösse) und Ertrag (Verhandlungsergebnisse) war optimal. Wie bereits erwähnt, konnten wir sowohl im

institutionellen Bereich als auch im Rohstoffsektor und zugunsten der "trade efficiency" entscheidene Impulse verleihen. Ich hätte allerdings eine noch umfassendere institutionelle Reform befürwortet, welche die Führungsfunktion des Rates klarer herausgestrichen und die neuen Organe bereits mit konkreten Mandaten versehen hätte. Dies wird nun am nächsten UNCTAD-Rat nachzuholen sein. Meine Anwesenheit in der Schlussphase der Konferenz hat mir nicht nur wertvolle Kontakte auf ministerieller Ebene ermöglicht, sondern auch erlaubt, in enger Zusammenarbeit mit dem Präsidenten und den Hauptspielern der Konferenz formulierte Lösungen (vor allem in bezug auf die Rohstoffkonferenz) einzubringen. Gerade in einer Zeit, da unsere Diplomatie schwergewichtsmässig an der europäischen Front engagiert ist, scheint es mir wesentlich, auf der Nord/Süd-Bühne Akzente zu setzen, dies umsomehr, als die Entwicklungsländer befürchten, zugunsten unserer Interessen in Ost- und Westeuropa an Bedeutung zu verlieren.

Ich versichere Sie, sehr geehrte Damen und Herren, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'F. Blankart', written in a cursive style.

F. Blankart

Beilage: Schlussbericht

Bericht der schweizerischen Delegation über die 8. Session von UNCTAD
(Cartagena, 6. - 25. Februar 1992)

Inhaltsverzeichnis:

Einleitung und Zusammenfassung (Decknotiz)

1. Politische Erklärung
2. Generaldebatte
3. Institutionelle Fragen
4. Entwicklungsressourcen
5. Handel (inkl. RBPs) und Dienstleistungen
6. Technologie
7. Rohstoffe
8. Aermste Entwicklungsländer
9. Wirtschaftliche Zusammenarbeit unter EL

- Beilagen
- Beilage 1: Declaration submitted by the President of the Eighth Session of the Conference
 - Beilage 2: Strengthening national and international Action and multilateral Cooperation for a healthy, secure and equitable World Economy
 - Beilage 3: World Commodity Conference
 - Beilage 4: Message from the Eighth Session of UNCTAD to the United Nations Conference on Environment and Development (UNCED)
 - Beilage 5: UNCTAD VIII: Palästina
 - Beilage 6: Déclaration Suisse à la huitième Conférence des Nations Unies pour le Commerce et le Développement, 12 février 1992
 - Beilage 7: Schweizer Erklärung in der Schlussitzung vom 25.2.1992
 - Beilage 8: Delegationsteilnehmerliste

1. Politische Erklärung "The Spirit of Cartagena"

Die von der Konferenz im Konsensverfahren verabschiedete politische und mit "The Spirit of Cartagena" betitelte Erklärung (Beilage 1) ist das Ergebnis von mitunter recht schwierigen Ausmarchungen auf der Grundlage eines vom Präsidenten erarbeiteten Entwurfes. Sie wurde erst am 21. Februar präsentiert, war viel zu lange und musste völlig überarbeitet werden. Die Erklärung soll *in nuce* das zum Ausdruck bringen, was den Geist von Cartagena ausmacht. Ihre zentralen Pfeiler sind: Partnerschaft einerseits und institutionelle Umgestaltung der UNCTAD andererseits.

Die Forderung der EG, einen besonderen Verweis auf die Respektierung der Menschenrechte als Korrelat zur wirtschaftlichen Entwicklung darin unterzubringen, scheiterte am hartnäckigen Widerstand Jugoslawiens (Sprecher der asiatischen Staaten). Die Gemeinschaft und die Schweiz benützten deshalb die Gelegenheit der Schlusserklärung (Beilage 7), um diesen Aspekt zur Sprache zu bringen.

2. Generaldebatte

2.1. Vorbemerkungen

Die vom kolumbianischen Staatspräsidenten, dem UNO-Generalsekretär, der bei dieser Gelegenheit das Bekenntnis seines Vorgängers zu einer internationalen Konferenz über die Entwicklungsfinanzierung bekräftigte, und von gegen zweihundert Rednern auf Minister- und Botschafterrang sowie von Vertretern von UNO Sonderorganisationen und NGO's bestrittene Generaldebatte hat deutlich gemacht, dass das neue, mit und seit UNCTAD VII in Gang gekommene Entwicklungsverständnis einen weiten Weg gegangen ist. Konzepte wie: Eigenverantwortlichkeit der Staaten für ihre Entwicklung, gute Regierungsführung (inkl. Respektierung der Menschenrechte), Markt als Garant einer optimalen Ressourcenallokation, Differenzierung unter Entwicklungsländern, ja sogar die Militärausgaben und die Korruption, werden, wenn auch noch mit Nuancen punkto Konsensdichte, *per se* durchaus als salonfähig qualifiziert. Es war ausgerechnet der kolumbianische Aussenhandelsminister Santos, der in seiner bemerkenswerten Präsidialansprache das bis jüngst für Entwicklungsländer als tabu geltende Thema der Korruption als erster zur Sprache brachte. Dass sodann die UNCTAD, will sie nicht in die Bedeutungslosigkeit absinken und dem Desinteresse der Regierungen anheimfallen, einer Restrukturierung an Haupt und Gliedern bedarf, liess sich den Ausführungen der Redner ebenfalls klar entnehmen, obgleich einige Staaten der Dritten Welt mitunter der vertrauten Gangart durchaus noch ihre Sympathie schenkten.

Was das globale makro-politische Umfeld anbelangt, so war eine gewisse Euphorie im Gefolge der seit UNCTAD VII eingetretenen Umwälzung im Ost-West-Verhältnis gepaart mit einer manifesten Beunruhigung wegen der damit verbundenen, mittels herkömmlicher Steuerungsmechanismen nur schwer in den Griff zu kriegenden Ungewissheit zu registrieren. Die Furcht der Entwicklungsländer, die OECD-Staaten könnten die der Entwicklungshilfe zur

Verfügung stehenden Ressourcen zulasten des Südens massgeblich nach Mittel- und Osteuropa umleiten, ist trotz entsprechender gegenteiliger Zusicherungen der EG-Staaten, und namentlich Deutschlands, berechtigt.

2.2. Verlauf der Generaldebatte

2.2.1. Horizontale Themen

Dass die anstehenden Probleme global und damit auf partnerschaftlicher Grundlage zu lösen sind, erwies sich weitgehend als unbestritten. Die Auslegung des Begriffs der Partnerschaft führte aber bereits zu unterschiedlichen Gewichtungen. Viele Entwicklungsländer hoben die Verantwortung der Industriestaaten bei der Gestaltung des makroökonomischen Umfeldes (Marktzugang, Schuldenreduzierung) hervor, um dann bei der Konkretisierung der guten Regierungsführung aber zurückzukrebsen. Zwar gingen nur China und Kuba (Algerien übergang den Terminus) soweit, diesem Petikum der "good governance" mit der Waffe der permanenten Souveränität entgegenzutreten. Andere aber forderten offen "escape clauses" wie Gefährdung der politischen Stabilität oder mangelnde soziale Akzeptanz. Dass das Konzept und auch die Respektierung der Menschenrechte und ein klares Bekenntnis zur freien, auf der Privatinitiative fussende Marktwirtschaft miteinschliesst, haben alle Industriestaaten klar hervorgehoben.

Ausführungen zum Thema der nachhaltigen Entwicklung erfolgten meist mit einem Verweis auf die kommende UNCED. Die Industriestaaten bekannten sich zu ihrer zentralen Verantwortung auf dem Gebiete des Umweltschutzes und machten sich mitunter das Postulat der Entwicklungsländer zu eigen, es sei für vermehrte technische Zusammenarbeit in diesem Gebiet zu sorgen.

Die Unterschiedlichkeit der Situation der Drittweltstaaten wurde auch von diesen vielfach verbal anerkannt. Sie kam auch implizit in den Voten zum Ausdruck, wobei allerdings nicht alle sich derart radikal äussern wie Marokko, das seine Strukturanpassungsmassnahmen schon fast als Modellfall präsentierte und überdies am "special and differential treatment" keinen guten Faden liess.

2.2. Vertikale Themen

Einhelligkeit bestand darüber, dass die Verschuldung hemmende Auswirkungen auf die Entwicklung ausübt und deshalb mittels Verminderung in den Griff zu kriegen ist. Ob mit den "Trinidad-Terms" bereits das letzte Wort gesprochen ist, wurde offengelassen. Namentlich Norwegen sprach sich für ein Weitergehen (80%igen Erlass) auf "case by case" Basis aus. Die Entwicklungsländer unterliessen es in diesem Zusammenhang nicht, weitere flankierende Massnahmen (Marktzugang, vermehrte Entwicklungshilfe etc.) zu fordern.

Geradezu einhellig fiel das Bekenntnis zu einem baldigen erfolgreichen Abschluss der Uruguay-Runde aus. Auch GATT-Generaldirektor Arthur Dunkel liess die Gelegenheit zu

einem beschwörenden Appell, mit zeitweise da und dort als etwas arrogant empfundenen Beiklängen, nicht vorübergehen. Protektionismen im Agrar- und Textilsektor wurden als Schwachstellen in der Position gewisser Industriestaaten von den Entwicklungsländern weidlich ausgenützt, worüber sich die EG mit etwas fadenscheinigen Argumenten souverän hinwegsetzte.

Dass die Rohstoffabkommen mit Preisstabilisierungsmechanismen nicht mehr im Zentrum der internationalen Rohstoffpolitik stehen, war vielen Entwicklungsländern noch nicht eine Tatsache. Letztere trauen vielfach den Marktkräften, auch wenn sie transparenter und effizienter gestaltet sind, noch nicht völlig über den Weg. Trotzdem stimmten diese Länder zum Schluss der Konferenz dem schweizerischen Vorschlag zu, in Zukunft den Akzent auf die neuen rohstoffpolitischen Marktmechanismen zu setzen.

2.3. Institutionelle Reformen

Zum Teil mit recht scharfen Worten gingen einige Industriestaaten, so namentlich die USA, Australien, Neuseeland, Kanada, Grossbritannien, Polen und die Schweiz mit der aktuellen UNCTAD, sei es mit dem Sekretariat, sei es mit der Organisation als solche, ins Gericht. Die französische Erklärung fiel dadruch auf, dass sie kein einziges Wort über institutionelle Reformen verlas. Hingegen scheuten sich auch zahlreiche Entwicklungsländer, namentlich die Staaten Lateinamerikas aber auch Marokko nicht, auf die Notwendigkeit einer Restrukturierung der UNCTAD deutlich hinzuweisen.

2.4. Palästina

Ein kurzes Scharmützel über die Palästinafrage endete dank einer prozeduralen Lösung (Ueberweisung der Resolution an die GV der UNO) in Minne (vgl. Beilage 5).

3. Réformes institutionnelles (annexe 2, § 45 - 87)

3.1. Résultats

La réforme adoptée est conforme aux intentions audacieuses de ses partisans. A l'exception des Conférences prévues tous les quatre ans, rien n'a été soustrait au raz-de-marée.

Le Conseil du commerce et du développement (TDB), qui se réunira deux fois par an durant deux semaines, sera épaulé par un Conseil exécutif du TDB. Celui-ci siégera une journée au maximum, à intervalles réguliers, au niveau des Représentants permanents à Genève. Il sera chargé d'imprimer une direction politique à la CNUCED. La proposition suisse d'amendement à l'origine de cette disposition demandait que le Secrétaire général de la CNUCED élabore un

rapport sur la fonction du TDB. Il devait également examiner la proposition sus-mentionnée, qui a, en fait, été immédiatement adoptée sans examen préalable.

L'ordre du jour des TDB sera plus flexible. Un thème spécifique à l'interdépendance devrait être débattu au Conseil d'automne et un thème sur les politiques commerciales, l'ajustement structurel et les réformes économiques, au Conseil du printemps. Le problème des pays les moins avancés (PMA) sera traité chaque année.

Les organes subsidiaires existants sont suspendus jusqu'à la CNUCED IX, à l'exception du Comité spécial sur les préférences et du Groupe d'experts intergouvernementaux sur les pratiques commerciales restrictives.

Quatre Commissions permanentes sont créées: produits de base, allègement de la pauvreté, ECDC, services (y compris transports maritimes et assurances). En outre, la Conférence s'est entendue sur cinq Groupes de travail ad hoc, composés des pays intéressés, permettant aux gouvernements d'envoyer des experts académiques ou du secteur privé. Leur durée est en principe limitée à deux ans. Ces groupes s'intéresseront aux thèmes suivants: investissements et flux financiers, "trade-efficiency", expériences de privatisation, expansion du commerce, relations investissement-transfert de technologie.

Les mandats pour ces nouveaux organes seront formulés à Genève. Le Secrétariat devra être réorganisé, pour refléter les changements entrepris. La Conférence a admis que des négociations ne seraient entamées qu'en cas de consensus. La priorité sera donc réservée à l'analyse, ce qui était l'un des chevaux de bataille des pays de l'OCDE. Enfin, le programme de travail et la structure de la CNUCED seront passés en revue tous les deux ans. La CNUCED devrait donc devenir une Organisation beaucoup plus flexible, et adaptable à une économie internationale en changement constant.

3.2. Appréciation

Un élément primordial de la question institutionnelle avait déjà été abandonné avant la CNUCED VIII: le système des Groupes. Le fait que le Groupe B et le Groupe des 77 ne se soient réunis brièvement que deux - trois fois pour traiter de questions bien précises a contribué à une clôture effective de la Conférence deux jours avant la date fixée. Les Groupes asiatique et africain, qui ont souvent encore parlé d'une seule voix, ne se rencontreraient qu'en dehors des heures réservées à la Conférence, et, en ce qui concerne le Groupe asiatique, il s'est réuni sous forme de Bureau ou de Bureau élargi.

Cette Conférence a également été un succès dans la mesure où elle a convenu d'un programme de travail pour les quatre années à venir. Il est très général mais, sur cette base, une liste de neuf priorités a pu être dressée. Certes, cette liste n'est pas officielle ou agréée, car elle n'a pas été finalisée. Elle a toutefois suffi pour que la Conférence s'entende sur la création des nouveaux organes subsidiaires du TDB.

La délégation suisse, qui s'est activement engagée en faveur d'une réforme de la CNUCED, est satisfaite des résultats obtenus, qui correspondent en grande partie aux objectifs qu'elle

s'était fixés. La plupart des délégations des pays de l'OCDE semblent également positives, à l'exception de la Norvège et de la France, qui craignent que les PMA ne soient abandonnés à leur sort.

3.3. Questions générales (annexe 2, § 1 - 37)

3.3.1. Interdépendence, bonne administration, corruption, dépenses militaires etc.

Les positions les plus marquées sur ces sujets ont été exprimées d'une part par les Américains, de l'autre par un délégué de nationalité yougoslave mais s'exprimant au nom du Groupe asiatique. Ces dernières reflétaient l'esprit de la vieille CNUCED et devraient être, espérons-le, les dernières en leur genre dans cette Organisation.

Toutefois, le texte adopté est plutôt représentatif de "l'esprit de Cartagena", de la nouvelle CNUCED. Les notions qui l'imprègnent sont celles du développement durable ("sustainable development") et de la bonne gestion des affaires publiques ("good management"), tant au niveau national qu'international. Un appel à lutter contre la corruption dans tous les pays y figure également. Les questions démographique, migratoire et liées à la fuite des cerveaux, se retrouvent dans le contexte de l'interdépendance. La réduction des dépenses militaires est présente dans cette partie comme dans l'Acte final. Des concepts tels que l'acceptation populaire des réformes, les droits de l'homme, la distribution équitable des revenus; mais aussi les politiques d'investissements, la déréglementation, la concurrence, et la globalisation de l'investissement, de la production et du marketing, démontrent qu'un vent nouveau souffle à la CNUCED.

3.3.2. Développement durable (annexe 2, § 38 - 44)

Le chapitre consacré au "sustainable development" n'a été que très peu discuté, mais l'ensemble de l'Acte final reflète cette préoccupation. La Conférence s'est contentée de demander que le mécanisme intergouvernemental et le Secrétariat de la CNUCED continuent à intégrer le concept de développement durable dans les divers programmes de travail.

Dans la perspective du Sommet de Rio, aucune tâche opérationnelle n'a été fixée. La Conférence a en revanche adopté un message pour l'UNCED (annexe 4). La CNUCED y indique qu'elle occupe une position unique dans le système onusien pour travailler dans les domaines interdépendants du commerce, du développement et de la protection de l'environnement. Elle informe l'UNCED que le développement durable sera l'un de ses principaux axes d'activités. La CNUCED offre de contribuer à la mise en oeuvre des programmes d'action qui seront adoptés à Rio; dans ce but, elle est prête à adapter sa structure intergouvernementale.

4. Entwicklungsressourcen (Beilage 2, § 90 - 123)

4.1. Ausgangslage

Als Basis für die Verhandlungen dieses Kapitels lag ein höchst heterogenes Papier vor. Es forderte einerseits von den Entwicklungsländern eigenständige Wirtschaftsreformen als Grundlagen für ein gesundes und nachhaltiges Wachstum, andererseits waren aus dem Umfeld der ehemaligen Gruppe 77 kurz vor Beginn altbekannte Forderungen beigefügt worden, von bedingungslosen Schuldenerlassen bis zur Erhöhung der IMF-Sonderziehungsrechte aufgrund von Entwicklungsbedürfnissen, Änderungen, die weit über akzeptierte TDB- und UNO-Resolutionen herausgingen. Was sich anbahnte, war ein Rückfall in die alte Dichotomie und ein Feilschen um nationale und Gruppeninteressen, von einer "New Partnership" war wenig zu spüren.

4.2. Verlauf der Verhandlungen

Die Diskussionen verliefen erwartungsgemäss zäh und zeitraubend. Die Protagonisten übernahmen ihre angestammten Rollen. Eine Gruppe von "Hardlinern" um Brasilien, Indien und zuweilen die afrikanische Gruppe (Sprecher Nigeria), vertraten die Interessen der Entwicklungsländer; die USA, unter ebenso restriktiver wie attraktiver Verstärkung durch das Treasury Department, betraten die Bühne in Cartagena mit striktesten Anweisungen, unter keinen Umständen über bisherige Positionen hinauszugehen; die EG hatte sich die Rolle des Vermittlers ausgedacht, stolperte aber über die peinliche portugiesische Präsidentschaft und über die Schwierigkeiten, nur schon in einer Drafting Group eine gemeinsame Stimme zu finden. Die ost- und mitteleuropäischen Staaten blieben den Diskussionen zum grössten Teil fern.

4.3. Resultate

Unter zunehmender Verwässerung der Substanz näherten sich die Standpunkte. Die wichtigsten Resultate:

- Spezifisch die Entwicklungsländer werden aufgefordert, überhöhte ("excessive") Militärausgaben zu reduzieren (§ 98).
- Die USA verhinderten eine Formulierung, die es der UNCTAD erlaubt hätte, über Möglichkeiten, die über die bestehenden Trinidad-Terms hinausgehen, zumindest laut nachzudenken. Der Begriff einer "Aehnlichbehandlung" vergleichbarer Schuldner von öffentlichen bilateralen Schulden wurde von USA und Japan vehement bekämpft (§ 102).
- Ein Versuch der Entwicklungsländer, nur wirtschaftliche (sprich: keine politischen) Bedingungen für ODA-Zuteilung hinzunehmen, wurde vor dem Hintergrund der

Good-Governance-Diskussion von einer breiten OECD-Front nicht akzeptiert; der entsprechende Passus wurde gestrichen (§ 106).

4.4. Beurteilung

Im Lichte der Umwälzungen im institutionellen Bereich nimmt sich das Erreichte bescheiden aus. Auch wenn von keiner Seite konkrete Veränderungen erhofft wurden, mag man sich fragen, welchen Sinn der rituelle Austausch von bekannten Argumenten vor einem veränderten internationalen Hintergrund noch hat.

In der Schuldenfrage wurde auch der kleinste Schritt vorwärts von den USA und Japan verhindert. Ueber die Inkraftsetzung der gegenwärtigen Trinidad-Terms hinaus will man sich in den offiziellen bilateralen Schulden nicht verpflichten, die Case-by-Case-Politik gilt als sakrosankt, nicht nur in den USA und Japan, sondern auch in den wichtigsten EG-Staaten (Deutschland, Grossbritannien) und einigen Nordländern. Neben der Schweiz haben einzig die Niederlande und Norwegen Anstrengungen unternommen, im Bereich Entschuldung kreative, umfassende Wege zu beschreiten, die sich auf entwicklungspolitische und nicht nur auf rein ökonomische Ueberlegungen stützen. Die Entschuldungsfazität, die auf einiges Interesse stiess, erlaubte der Schweiz im übrigen, eine aktive Rolle als Vermittler zu übernehmen; das Zerbrechen des rigiden Gruppensystems hat sich für unser Land insofern eher positiv ausgewirkt.

Der einzige Durchbruch blieb der Hinweis auf die Reduktion der Militärausgaben spezifisch in Entwicklungsländern, womit zum ersten Mal ein Thema angesprochen wurde, das bisher in der UNCTAD als Tabu galt.

Tatsache bleibt aber, dass auch in einer erneuerten UNCTAD die Verteilung der Entwicklungsressourcen sowie neue Entschuldungsstrategien in anderen Gremien entworfen und beschlossen werden, in der Weltbank, im IMF und im Pariser Klub. Die Rolle, die die UNCTAD im Bereich Ressourcen spielen kann, ist zudem durch das anerkannte Gebot der "Nichteinmischung" unter den verschiedenen Organisationen, eng begrenzt und praktisch nicht ausbaubar. Insofern müsste man sich grundsätzlich überlegen, welche Aufgaben die UNCTAD hier in Zukunft überhaupt übernehmen kann. Nicht verwunderlich also, dass die CIFT nach den Debatten über institutionelle Reformen vorderhand "aufs Eis" gelegt wurde. Allerdings führt Paragraph 18, der die Prioritäten des UNCTAD festlegt, ausdrücklich das Problem der Verschuldung auf. Der für Prioritätsfragen zuständige UNCTAD-Rat kann sich somit jederzeit, wenn er dies wünscht, dem Thema "Verschuldung" annehmen.

5. Commerce international et services (annexe 2, § 125 - 163, § 177 - 188)

5.1. Situation au départ

Les deux rounds de négociations qui se sont déroulés à Genève pendant le Conseil spécial du mois de décembre et janvier avaient déjà permis d'éplucher le texte en mettant en évidence ce qui allait être le noyau des négociations à Cartagena:

- un traitement préférentiel en faveur des pays en développement dans le commerce des services, selon les principes qui régissent le SGP;
- la compétence institutionnelle de la CNUCED et/ou de l'ONU dans une Organisation mondiale du commerce;
- un rappel de la compétence de la CNUCED dans le domaine des transports maritimes et l'affirmation de la primauté du Code.

5.2. Déroulement des négociations

L'Egypte, porte-parole d'une Afrique effacée, s'est distinguée par son obstination devant une Amérique (E.U., Canada et Amérique latine) unie et sûre d'elle reléguant le reste des délégations, CE et Inde y compris, derrière la scène. L'Egypte a donc tenu tête à elle seule à tout le groupe, en se retranchant derrière des positions traditionnelles bien connues: en cherchant à obtenir l'engagement unilatéral des pays développés et la compétence exclusive de la CNUCED et de l'ONU dans la constitution d'une Organisation mondiale du commerce selon les principes de l'universalité, et la primauté du Code maritime sur toutes les négociations parallèles dans le cadre du GATT.

A l'instar des E.U. et du Canada, la Suisse a veillé à ce que les négociations de l'UR ne soient en aucun cas usurpées que ce soit dans le domaine des services ou dans le domaine institutionnel (OMC). Toute tentative de la part de l'Egypte et accessoirement de l'Inde, visant à empiéter sur un quelconque sujet du Round, se heurtait presque instantanément à un refus catégorique d'entrer en matière.

5.3. Résultat des négociations

Les discussions ont abouti à un texte insipide. Non seulement l'on n'y relève aucune concession nouvelle des pays développés mais le texte marque un certain recul par rapport aux acquis de la CNUCED VII et de réunions plus récentes. Ainsi le paragraphe qui consacrait dans sa version originale une compétence à la CNUCED dans la création d'une OMC a été entièrement "émasculé" par les Etats-Unis et la C.E., qui refusaient toute référence aux textes antérieurs (par. 105 (23) de l'Acte Final de la CNUCED VII et Résolution 1994 de l'AGNU qui établit le mandat de la CNUCED). Si l'on reporte généralement ce qui est source

de conflit, il ne faut pas omettre de mentionner les points qui ont recueilli un consensus immédiat ou facile. Ainsi l'initiative que le Secrétariat a lancée sous le couvert du titre "Trade Efficiency" a été accueillie avec enthousiasme par les pays en développement, comme par les pays développés. Cette initiative, qui consiste à simplifier, grâce aux techniques de l'informatique et de l'information des procédures de commerce, est d'ailleurs le seul élément original et significatif que l'on peut extraire du chapitre "commerce international".

En ce qui concerne les services, la CNUCED met désormais l'accent sur le développement du secteur tertiaire dans le contexte national. Sur le plan international, elle reconnaît un pouvoir de négociation exclusif au GATT, tout en se réservant un mandat spécifique dans le domaine de la recherche et de l'analyse. La dernière partie, qui traite des transports maritimes omet toute référence explicite à la primauté du Code. La Conférence se contente de reconnaître l'importance des travaux antérieurs de la CNUCED pour les pays en développement en lui réservant, pour les années à venir, un rôle dans le domaine de la coopération technique mais non dans la négociation.

5.4. Appréciation

Si le texte souffre de quelques acrobaties de style destinées à évincer toute interprétation équivoque, il n'en demeure pas moins satisfaisant dans son contenu. Les résultats s'incrinvent dans la conception d'un développement basé sur l'intégration par le multilatéralisme et non plus sur l'assistance, conformément à ce qui caractérise l'attitude des pays en développement au GATT. Ceci explique l'absence de "concessions" des pays développés en matière de préférences, le refus catégorique d'associer les services au SGP et l'effacement de l'ONU dans l'édification d'une OMC future. La Suisse n'est pas malheureuse de ce "non-résultat". Il témoigne d'une perspective pragmatique et moins idéaliste du rôle que peut jouer la CNUCED dans l'intégration des pays en développement dans le système commercial multilatéral. Le symposium "Trade Efficiency" que le Secrétariat souhaite organiser s'inscrit dans le même ordre d'idées.

5.5. Restriktive Geschäftspraktiken (RBPs) (§ 147)

Einer Reihe von EL wäre an sich daran gelegen gewesen, die RBP-Problematik innerhalb der UNCTAD - etwa mittels einer Verschärfung der Kodexbestimmungen - normativ zu verstärken und/oder generell das Mandat der UNCTAD auf diesem Gebiet auszudehnen. Entsprechende Vorstösse wurden indes erfolgreich abgeblockt. Die intergouvernementale Expertengruppe erhält den Auftrag, ihre Arbeiten im herkömmlichen Stil weiterzuführen und die Staaten werden aufgefordert, für eine volle Implementierung des Kodex zu sorgen und eine relevante internationale Zusammenarbeit in die Wege zu leiten.

6. Verstärkung der technologischen Kapazitäten der Entwicklungsländer (Beilage 2, § 164 - 176)

6.1. Ausgangslage

Seitens der Industriestaaten waren vorab folgende Petita der Entwicklungsländer stark bestritten:

- Ungehinderter Zugang zu allen Formen von Technologie, also z.B. auch solche strategischer Natur;
- Eine über die Marktkräfte hinausgehende Abwägung der Interessen des Gebers und des Nehmers von Technologie;
- Technologiestrom fördernde Massnahmen, jenseits solcher flankierender Natur (z.B. Investitionsrisikogarantie);
- Weiterführung der mangels weiterbestehenden Absenz eines Konsenses über zentrale Konzepte (vorab freie Rechtswahl und Wettbewerbsbedingungen) flügelarm gewordenen Arbeiten im Hinblick auf einen Technologietransferkodex .

Die Industriestaaten forderten ihrerseits eine Anerkennung der Bedeutung eines effizienten Schutzes des Geistigen Eigentums auf nationaler und auf internationaler Ebene sowie der Direktinvestitionen und ihres Schutzes für den Technologietransfer.

6.2. Verlauf der Verhandlungen

Die von Herrn Gattiker ausgezeichnet präsidierten hartnäckigen Verhandlungen wurden massgeblich von den USA, Kanada und der EG einerseits sowie Indien, Indonesien und Aegypten (als Sprecher der afrikanischen Staaten) andererseits geprägt. In der Substanz mussten die Entwicklungsländer recht stark zurückstecken oder sich mit weitgehend semantischen Konzessionen begnügen.

6.3. Ergebnisse

- Die Industriestaaten werden lediglich noch aufgefordert "(to) facilitate access of developing countries to efficient, best-practice, and needed technologies" (§ 168);
- auch wenn der Begriff der "market conditions" als solcher nicht durchgesetzt werden konnte, so ist die Formel "on the terms and conditions agreed to by the parties concerned" (§172) im entsprechenden Sinn zu interpretieren. Sie enthält überdies, willkommenerweise, das Element der Vertragsstabilität sowie, tendenziell, der freien Rechtswahl.

- die Bedeutung der Direktinvestitionen und der zum Schutz ihrer Förderung geschlossenen Abkommen (inkl. DBA) wird unterstrichen (§168);
- die Arbeiten im Hinblick auf einen Technologietransferkodex können erst dann wieder an die Hand genommen werden, wenn "there is convergence of views necessary to reach agreement on all outstanding issues" (§173);
- die stimulierende Wirkung eines ausgeprägten Schutzes des geistigen Eigentums sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene auf den Technologiestrom wird hervorgehoben und die zentrale Rolle von OMPI und GATT in diesem Bereich anerkannt (§172).

6.4. Bewertung

Auch wenn es alles andere als leicht war, die auch seitens der Entwicklungsländer in der Generaldebatte vorgetragenen Bekenntnisse zu den Marktkräften und einem ausgeprägten rechtlichen Rahmen für die wirtschaftliche Tätigkeit in die Aushandlungsgruppe hinüberzuretten, so darf sich das erzielte Resultat trotzdem sehen lassen. Es stellt einen wesentlichen Schritt in die richtige Richtung dar.

7. Rohstoffe (Beilage 2, § 189 - 215)

7.1. Rohstoffdiskussion und Arbeitsprogramm der UNCTAD

Zu Beginn lag ein recht heterogener Text vor, der traditionelle UNCTAD-Ansätze und Alternativen, die vermehrt an Marktlösungen orientiert sind, vereinte. Im Vergleich zu früheren Schlusstexten wurde neu ein Kapitel zu "sustainable development" im Rohstoffbereich eingefügt.

Die Verhandlungen verliefen konstruktiv und zeugten von einem neuen Geist im Rohstoffbereich. Die USA, Kanada und Australien vertraten am konsequentesten Positionen, die die Notwendigkeit funktionierender Märkte und die Zurückhaltung bei Interventionen unterstrichen. Die EG stand vor allem in Grundsatzfragen diesen Positionen sehr nahe, und setzte sich ihrerseits nachhaltig dafür ein, dass an einigen Stellen eine spezielle Betonung der Marktkräfte eingeführt wurde (§ 108 und 112). Die Schweiz befand sich in ihrer traditionellen Vermittlungsposition, die zwar ebenfalls die Notwendigkeit der langfristigen Orientierung an den Markttendenzen vertrat, aber sich trotzdem für die Fortführung von internationalen Abkommen aussprach, sofern diese die Preistendenzen berücksichtigen und die wichtigsten Konsumenten und Produzentenländer an den Abmachungen mitwirken. Von den Entwicklungsländern vertraten Asien (Gruppensprecher: Sri Lanka) und Afrika (Elfenbeinküste) anfänglich Positionen, die sich am "Integrierten Rohstoffprogramm" (IPC) orientierten. Sie erreichten damit, dass das IPC und der "Gemeinsame Rohstoff-Fonds" (CFC) in der

Schlussakte weiterhin erwähnt werden, allerdings ohne dass sich das neue Arbeitsprogramm oder die Prioritäten der internationalen Rohstoffpolitik (§ 108) daran inhaltlich orientierten. Es wird lediglich noch Bezug auf seine ursprünglichen Ziele genommen. Vor allem bei der asiatischen Gruppe legen Gespräche mit Delegationen die Vermutung nahe, dass es eher darum ging, lange Zeit verteidigte Positionen ehrenvoll aufzugeben (Ausnahme: Indonesien und Sri Lanka). Von den Lateinamerikanern waren nur Kolumbien und Brasilien aktiv. Vor allem Kolumbien versuchte, Lösungen für den Abbau des Ueberangebots auf den Märkten auszuhandeln, scheiterte aber an den USA und der EG.

Als Resultat liegt ein Text vor, der auf dem Konsens aufbaut, dass eine neue Strategie im Rohstoffbereich von den Marktgegebenheiten ausgehen muss. Er lässt Spielraum offen, ob neue Abkommen abgeschlossen werden sollen. Diese werden aber nicht mehr über die Glättung von kurzfristigen Preisschwankungen hinausgehen. Die Pfeiler der bisherigen Strategie, das IPC und der CFC, werden nur noch genannt als Ergebnis eines Kompromisses, die Strategie leitet sich nicht mehr aus ihnen ab. Die Möglichkeit neuer Abkommen soll für Kakao, Kaffee, Zucker und Tropenhölzer untersucht und gegebenenfalls verhandelt werden. Das Arbeitsprogramm der UNCTAD umfasst weiterhin die Bereiche internationale Koordination im Rohstoffbereich, technische Unterstützung bei Diversifikation und Produktion/Vermarktung, Analyse der Entwicklung des Sektors und der damit verbundenen Kompensationsmassnahmen für Exportausfälle. Als neues Arbeitsgebiet wurde ihr aufgrund eines Antrags der Schweiz die Aufgabe gestellt, das bessere Funktionieren von Rohstoffbörsen und das Vertrauen der Marktteilnehmer in diese Instrumente zu fördern und die Entwicklungsländer technisch zu unterstützen.

In bezug auf die Terminologie gab die Frage der Instabilität der Märkte zu Diskussionen Anlass. Im Schlusstext wird der Begriff "Fluktuationen" verwendet. Für den Technologietransfer werden dieselben Formulierungen verwendet wie in der betreffenden Arbeitsgruppe.

Das Resultat ist aus schweizerischer Sicht befriedigend. Es markiert einen Neuanfang und eine Belebung der Diskussion. Die beiden eingebrachten Vorschläge (verbessertes Funktionieren von Rohstoffbörsen, und die Schaffung eines Versicherungsfonds für politische Risiken gemäss einem Vorschlag der Weltbank) wurden in ihrer Substanz akzeptiert und ins Arbeitsprogramm der UNCTAD aufgenommen. Als einzige Konzession musste die explizite Referenz auf den Vorschlag der Weltbank zurückgezogen werden.

7.2. Weltrohstoffkonferenz

Auf kolumbianischen Vorschlag hin musste sich die Konferenz mit der Abhaltung einer Weltrohstoffkonferenz befassen. Das Gastland brauchte einen Erfolg, mit dem es die hohen Kosten der UNCTAD VIII innenpolitisch rechtfertigen konnte. Sehr gelegen wäre den Kolumbianern die Einberufung einer Konferenz zur Erneuerung des Kaffeeabkommens gewesen. Daran war jedoch wegen des brasilianischen Widerstandes nicht zu denken. Deshalb der viel unverbindliche Vorschlag, dass die Vorbereitungen für eine Weltrohstoffkonferenz an die Hand genommen werden sollten.

Die Idee wurde von den USA, der EG-Kommission und der Schweiz - die einzigen Vertreter, die sich offiziell äusserten - mit grosser Zurückhaltung aufgenommen. Von Kanada, Australien und den Niederlanden (Minister Pronk) war informell zu erfahren, dass sie eine solche Konferenz befürworteten.

Kolumbien hat die UNCTAD VIII sorgfältig und mit Umsicht vorbereitet und durchgeführt; niemand war gewillt - auch die USA nicht - das Gastland mit einem Veto zur Rohstoffkonferenz vor den Kopf zu stossen. Es galt somit sicherzustellen, dass eine solche Konferenz erst einberufen wird, wenn die notwendigen Vorbereitungsarbeiten tatsächlich einen Erfolg der Konferenz sehr wahrscheinlich machen. Zudem sollte sich eine solche Konferenz mit den neuen, marktwirtschaftlich orientierten Instrumenten befassen.

Der Einbau dieser beiden Vorbedingungen ist gelungen. Die praktisch ausschliesslich von der Schweiz redigierte und im Konsensverfahren von der UNCTAD VIII angenommene Entschliessung (Beilage 3) hält fest, dass sowohl der UNCTAD-Generalsekretär als auch die Rohstoffkommission Konsultationen über neue rohstoffpolitische Instrumente halten sollten und erst wenn eine Verständigungsplattform gefunden wurde, die eigentliche Konferenz einberufen werden sollte.

8. Die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs)

Die am wenigsten entwickelten Länder waren sowohl Gegenstand einer speziellen Sitzung als auch eines Abschnitts der Schlussklärung.

Das im September 1990 verabschiedete Aktionsprogramm von Paris wurde nicht in Frage gestellt, und gilt weiterhin als das zentrale Dokument für diese Ländergruppe.

Ausgehend von einem sehr heterogenen, etwas substanzarmen Konferenz-Dokument ergab sich sehr bald eine polarisierte Diskussion zur Höhe der öffentlichen Hilfe. Von den LDCs wurde gefordert, dass die Hilfe an die LDCs um 15 % erhöht werden sollte, weil seit Paris 6 Länder neu als LDCs klassiert wurden (ihre Bevölkerung entspricht 15 % derjenigen der bisherigen LDCs). Die USA lehnten traditionell eine solche Festschreibung ab, und auch in der EG (vor allem UK) dominierte eine ablehnende Haltung, so dass im Schlusstext lediglich eine wenig aussagekräftige Formel, die Industriestaaten würden eine Erhöhung der Leistungen prüfen, Eingang fand.

Man kommt nicht umhin, diese Auseinandersetzung, die keine andere substantiellere Diskussion zulies, als etwas fruchtlos zu bezeichnen. Selbst die Festschreibung einer quantitativen Erhöhung hätte keinen grossen Unterschied ausgemacht, da die Leistungen im Durchschnitt ohnehin um ca. 15 % ansteigen dürften.

Aus schweizerischer Sicht ist dieses Fazit bedauerlich. Für zukünftige Konferenzen müsste für die LDCs ein Substanzthema besonders vorbereitet werden, damit dort Fortschritte erzielt werden können.

9. Wirtschaftliche Zusammenarbeit unter den Entwicklungsländern

Zum Thema wirtschaftliche Zusammenarbeit unter Entwicklungsländern (ECDC) wurde ein kurzes Papier vorgelegt. Dieses zieht eine nüchterne Bilanz: ECDC hat, obwohl seine politische Priorität nicht in Frage gestellt wird, in den 80er Jahren nur sehr wenige Erfolge verzeichnet. An neuen Massnahmen werden die Konsultationen des UNCTAD-Sekretariats zur Schaffung eines interregionalen Mechanismus der Handelsfinanzierung sowie die Lancierung einer zweiten Verhandlungsrunde des Global Systems von Handelspräferenzen (GSTP) durch die G-77 erwähnt. Substantielle Diskussionen über ECDC fanden nicht statt. Zu bemerken ist einzig, das Mexiko eine Ausdehnung der UNCTAD-Aktivitäten auf Freihandelsabkommen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern wünscht.